

Schuld und an den finanziellen Lasten der Gebiete, die ihnen zugesprochen werden.

Ueber die Antwort wird noch zwischen den Verbündeten verhandelt. Wie verlautet, wollen die Verbündeten den Vorschlag der Großmächte als Basis für die Friedensverhandlungen annehmen; sie hoffen jedoch, noch einige Bedingungen zu ihren Gunsten ändern zu können.

Auch in Konstantinopel steigt die Friedensstimmung. Die türkische Presse beginnt die öffentliche Meinung auf den Frieden vorzubereiten. Der Tanin, der bis vorgestern für die Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten eingetreten war, sagt jetzt, nicht die Flotte, sondern die Armee müsse sich über die Annahme äußern und erklären, ob es möglich sei, den Krieg mit der Aussicht fortzusetzen, Adrianopel und den Rest der europäischen Türkei zu retten. Wenn die Armee von der Notwendigkeit des Friedensschlusses überzeugt sei, dann würde die Flotte die Einzelheiten erörtern. Der türkische Ministerpräsident berät die Antwort, welche den Mächten erteilt werden soll. Die Flotte soll entschlossen sein, die Linie Midia-Enos anzunehmen unter der Bedingung, daß Late Burgos der Türkei verbleibe. Außerdem verlange sie religiöse Privilegien für Adrianopel.

Sor dem Friedensschluß.

Belgrad, 24. März. Seitdem die Mächte in voller Einmütigkeit darauf bestehen, daß der Frieden geschlossen werden soll, ist dieser als gesichert zu betrachten, wenn auch Serbien in dieser Angelegenheit keine Heberzeugung wünscht.

Die Vorkonferenz.

Paris, 24. März. Einigen aller Voraussicht nach Sonntag nachmittags eine Vorkonferenz statt. Man glaubt, daß diese Versammlung durch den montenegrinisch-serbischen Zwischenfall hervorgerufen wurde. Die Mächte sind sich über die Grenze Albanens von Djakova bis zum Schkarda-See einig. Unter den Bedingungen des Einverständnis erzielt worden ist, befinden sich Estons und Djakova. Eine offizielle Erklärung wird wahrscheinlich morgen erfolgen. Die Verbündeten werden eine Kollektivnote der Mächte über dieses Ergebnis erhalten. Damit sind zwei der wichtigsten Punkte geregelt. Es wird daher nicht mehr nötig sein, die militärischen Operationen fortzusetzen, deren Ergebnis doch an der Entscheidung der Mächte nichts mehr ändern wird. Die Vorkonferenz werden sodann die übrigen Grenzen Albanens erörtern, für die bei Italien und Oesterreich-Ungarn besondere Gesichtspunkte bestehen. Obgleich die Verhandlungen hierüber langwierig sein können, besteht doch kein Grund, Schwierigkeiten zu befürchten.

Ein serbisches Dementi.

Berlin, 24. März. Die serbische Botschaft ist beauftragt, die aus Wiener Zeitungen in deutsche Blätter übernommenen Nachrichten, wonach das serbische Militär beschuldigt wird, in den Dörfern Schasjare und Kelnja Frauen und Kinder vergewaltigt, in 29 Dörfern des Karadag in der Nähe von Reshik 250 Gehöfte albanischer Rohrenbauern in Brand gesetzt und alle männlichen Einwohner getötet, ferner in anderen Dörfern 288 Männer ermordet und sogar im Dorfe Kusbina einen Mann, eine Frau und zwei Kinder lebendig verbrannt zu haben, auf Grund vorgekommener amtlicher Untersuchungen und Feststellungen auf das nachdrücklichste, als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend, für völlig unwahr zu erklären.

Vom südöstlichen Kriegsschauplatz.

Ein türkischer Sieg an der Tschataldshalime?

Konstantinopel, 24. März. Die türkischen Truppen erbeuteten am Sonntag morgen einen Militärtransport der Bulgaren, bestehend aus 20 Waggons mit Lebensmitteln und Munition. Der Korrespondent des Matin sagt, daß ein türkischer Offizier, der in der Schlacht von Kabisli verwundet wurde, ihm mitgeteilt habe, daß die Schlacht von 3 Uhr morgens bis 9 Uhr abends andauerte habe; er könne nur den vollständigen Sieg der Türken bestätigen. Die Bulgaren haben Kabisli, ehe sie es verlassen, vollständig niedergebrannt. Bei Anbruch der Nacht stand auch die Kirche in Klammern. Viele Bulgaren wurden gefangen genommen. Während der ganzen Dauer des Kampfes konnte man zwei bulgarische Aeroplane über dem Schlachtfelde bemerken.

Konstantinopel, 24. März. Der türkische Befehlshaber an der Tschataldshalime Sibir-Sennli-Hernia teilt mit, daß die Bulgaren während der letzten Schlacht einen solchen Verlust erlitten haben, daß sie, nachdem ihre Munition ausgegangen war, die anstürmenden Türken mit Steinwürfen empfingen.

Eine Nachricht, die in Sofia verbreitet wurde, erregt in Adrianopel Enttäuschung. Nach der Nachricht wird Edüri Pascha beschuldigt, den armenischen und den griechischen Bischöfen aufgehängt zu haben, weil sie auf den erbärmlichen Zustand der Bevölkerung hingewiesen hätten. Die Nachricht ist unwahr.

Unruhen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 24. März. Divisionsgeneral Dschahid Osman sowie Hauptmann Schaban, die in mehreren Prozessen wichtige Enthüllungen über das jungtürkische Komitee gemacht haben, sollen verhaftet, jedoch wieder freigelassen worden sein. — Vorgestern wurde in der Stadt im geheimen an verschiedenen Stellen ein Pamphlet verteilt, das mit den Worten: „Die Armee kann nicht mehr warten“ beginnt und sich in Verwünschungen ergeht gegen das jungtürkische Komitee, die beiden früheren Kammern, den Großwesir Rahmud Scherif Pascha, die früheren Minister Djavid und Kalaal, sowie gegen Enver Pa.

Deutsches Reich.

Die freierde Regierung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung überreicht den Entgesandten ein Exemplar in Gestalt einer Note, die eine schnelle und glatte Erledigung der Herres- und der Bedingungsfrage in Aussicht stellt. Danach haben die zuständigen Bundesratsausschüsse die Wehrvorlage erledigt und die Beratung der Vorlagen zu deren Bedingungsfrage so rasch gefördert, daß ihr Abschluß unmittelbar bevorsteht.

Daß die Wehrvorlage mit erfreulicher Einmütigkeit angenommen werden würde, konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein. Aber auch in der schwierigen Frage der Kostendeckung ist über die Erhebung eines einmaligen außerordentlichen Beitrages zum Vermögen zur Befreiung der einmaligen Ausgaben volles Einverständnis erzielt worden, und das gleiche darf für die Bedingungsfrage der laufenden Ausgaben nach dem Gang der bisherigen Verhandlungen mit Sicherheit angenommen werden.

Man beachte die Abstimmung: Mit erfreulicher Einmütigkeit beschließt der Bundesrat die große Verstärkung der Rüstungen; volles Einverständnis wird für den Plan erzielt, die einmaligen Ausgaben durch eine

einmalige Abgabe zu decken; bezüglich der Bedingungsfrage der dauernden Ausgaben gibt man sich frohen Erwartungen hin, oder zu deutsch: über die wichtigste Frage ist man sich noch keineswegs einig. Zwar sagt die Nordd. Allgem. Ztg., daß auch in diesem Punkte die Erzielung eines Resultates in dem zuständigen Bundesratsausschüsse unmittelbar bevorstehe, aber gleichzeitig teilt ein anderes offizielles Blatt, der Berliner Lokalanzeiger, mit, es würde, „um einen Teil des durch die neue Militärvorlage notwendigen Steuerbedarfs zu decken, im Reichshausparlament auch der Plan, neue Monopole einzuführen, erwogen“.

Es soll sich dabei zunächst um ein Zündholz- und Spiritus-Monopol handeln, aber auch ein Zigaretten-Monopol liegt im Bereich der Möglichkeit.

Die Regierung hält also den Entwurf, wie er aus dem Bundesratsausschüsse herauskommen wird, mindestens nicht für abschließend und bemüht sich noch um Reserveentwürfe, auf die möglicherweise schon in diesem Stadium das Plenum des Bundesrates zurückgreift. Unter diesen Umständen wird der geplante Aufruf an den Reichstag, die Wehrvorlage unbeschadet zu schließen und in der Bedingungsfrage der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen, immer aussichtsloser, und nicht nur von links, sondern auch von der Rechten und im Zentrum winkt man den nervösen Drängern denn auch recht deutlich ab. Die Kreuzzeitung schreibt:

Daß der Reichstag die Vorlage zu prüfen und die Bedingungsentscheidungen auf ihre Wirkungen zu untersuchen hat, ist selbstverständlich.

Deutschland noch äußert sich die Germania:

Sollte es sich um eine Eingabe an den Reichstag handeln, so sind auch wir der Meinung, daß sich der Reichstag schwerlich durch ein derartiges Pronunziamento von seiner ernsten Pflicht abhalten lassen wird, die ihm gemachten Vorlagen zu prüfen und die Bedingungsentscheidungen auf ihre dauernden Wirkungen zu untersuchen. Das „Pronunziamento“ würde also, wenn es wirklich zustande kommen sollte, durchaus unzulässig und eher schädlich wirken, da es an den Reichstag eine Zustimmung stellt, die auf eine Verlegung seiner Pflicht hinausläuft. Die „Heberpatrioten“ sollten sich doch hüten, in dieser Weise Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie zu leiten.

Nun, die Sozialdemokratie kann auf dieses Wasser verzichten. Für ihre Mühlen ist ohnehin durch den Rüstungsrummel und alles, was damit zusammenhängt, ausreichend gesorgt. Und zwar nicht nur durch die Reue, die die Germania „Heberpatrioten“ nennt.

Die Schaffung eines Reichskinogesetzes

regt eine Denkschrift an, die der Schutzverband Deutscher Lichtbildtheater im Hinblick auf die von der Reichsregierung geplante gesetzliche Regelung des Kinotheaterwesens verfaßt hat und der Öffentlichkeit übergibt. Die Denkschrift meint, daß bei der gesetzlichen Regelung des Kinotheaterwesens nicht nur die zurzeit noch vorhandenen Schäden der Lichtbildtheater bestimmen sein müssen, sondern auch deren noch gar nicht abzusehende Vorteile für das Volk und die gesamte Kultur unseres Volkes, und sagt, daß der Gesetzgeber die Entwicklung des Kinotheaterwesens fördern und nicht eindämmen soll, und daß dabei ein Recht geschaffen wird, nicht zum Trug, sondern zum Schutz des Gewerbes. Die Eingabe erklärt, daß eine großzügige Behandlung des Kinorechts nur durch ein besonderes Reichskinogesetz ermöglicht werden könne. Sollte ein solches zurzeit noch nicht angängig sein, so sei jedenfalls eine gesonderte Behandlung im Reichstheatergesetz oder in der Gewerbeordnung wünschenswert. Ein besonderes Reichskinogesetz würde auch die Zensurfrage reichsgesetzlich regeln können, deren Regelung von einschneidender Bedeutung für die Branche ist. Zum wenigsten sei die Einfügung besonderer Paragraphen in die Gewerbeordnung geboten, die der Individualität des Kinos gerecht werden.

Das Rezept für die Rüstungshege.

Gegenwärtig fällt auch den konservativen Provinzzeitungen die Aufgabe zu, für die neue Militärvorlage einzutreten. Das geschieht in der Liegnitzer Zeitung in einer ganz ergiebigen Weise in einem Artikel, den sie mit „Alarm“ überschreibt. Der Redakteur setzt darin seinen Lesern folgende nette Wahrheiten vor:

„Wer eine Heeresvermehrung durchdrücken will und dabei schreibt, in absehbarer Zeit werde es keinen Krieg mehr geben, der ist ein Narr. Fürst Bismarck hat, als er die Septennatsvorlage empfand, den Zweifrontenkrieg an die Wand gemalt, und bei der Vernehmung im Reichstag von seinem Atlas kein die Rosaletenpfeile zitiert, die demnach in der Linie der Deutschen gegen eine erhebliche Heeresvermehrung, und es ist ganz selbstverständlich, daß man hüben und drüben nicht etwa schreibt: wir haben ein Nachbarvolk, das ist so lieb und gut, das ist unser Herzogliebster und Treugesell. Im Gegenteil, man legt nach verdächtigen Handbewegungen aus, um rechtzeitig seine Abwehrmaßregeln treffen zu können, und man macht immer jedes böse Wort, das von einer anderen Seite kommt, ein Ausrüstungszeichen. Alle Welt soll es erfahren, daß es der Nachbar ist, der das Friedenhalten unmöglich macht. In diesem Geschäft sind unstreitig „zwischen den Zeiten“ die Franzosen stets am rübrügsten und geschicktesten gewesen, abgesehen von dem einen kritischen Moment kurz vor Ausbruch des Krieges 1870, wo die Redigierung der Enser Debesche in Bismarck den größeren Künstler zeigte. Er rief den furor tonitruos nach und erregte gleichzeitig die sinnlose Wut der Franzosen, so daß sie „an jenem“; und das ist ja heutzutage sehr wesentlich, da man nur sogenannte gerechte Kriege der Volkstimung zumuten will.“

Der Mann ist wenigstens offenerherzig!

Zur Lösung der Wohnungsfrage.

Einen Aufruf zugunsten der Wohnungsfragegebung veröffentlicht der Deutsche Verein für Wohnungsreform, Frankfurt a. M. Dieser Aufruf spricht sich in kurzen und nachdrücklichen Worten für eine große gesetzgeberische Lösung der Wohnungsfrage aus und verlangt, daß Reich und Einzelstaaten ohne jeden weiteren Vorzug an diese große Aufgabe herantreten. Alle Freunde der Sache im Lande aber werden gebeten, die Bewegung für eine solche gesetzgeberische Reform der Wohnungsverhältnisse mit Rat und Tat zu unterstützen. Der Aufruf ist unterzeichnet von mehreren Hundert Männern und Frauen aus allen politischen Parteien und allen sozialen Schichten unseres Volkes, außerdem von einer stattlichen Zahl großer Stände- oder gemeinnütziger Organisationen.

Zu den Unterzeichnern gehören Persönlichkeiten wie Frhr. v. Berlepsch, Lujo Brentano, Cerny-Heidelberg, Bernhard Dernburg, Ludwig Fulda, Adolf Harnack, Hugo Huppener, Fidus, Prof. Jastrow, Geh. Raurat March, Hermann Mühlhens, Dr. Paul Nathan, Friedrich Raumann, Dr. Heinz Pothoff, Prof. Sohn, Dr. Stresemann, Geheimrat Stäbgen, Graf Loerring-München, die Abgg. v. Bülow, Fund, Giesberts, Göhre, Dr. Hise, Dr. Jaeger, Dr. Jund, Dr. Lindemann, Dr. Pieper, Graf Posadowski, Dr. Quide, Dr. Quessel, Dr. Schröder, Dr. Strube, Dr. Südekum, Benedek und andere. Von Vereinen sind außer den speziellen Wohnungsreformvereinen zu nennen der Dürerbund, der Verband der deutschen Gewerkschaften (Girch-Dunder), die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Bund der technisch-industriellen Beamten, der Verband katholischer Gewerkschaften, der Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten.

Ein sozialdemokratischer Stadtrat. Die Regierung des Fürstentums Reuß j. A. bestätigt, wie das Berliner Tageblatt meldet, die Wahl des in Gera gewählten sozialdemokratischen Stadtrates, des Zigarrenfabrikanten Kunz. Dieser waren die von der sozialdemokratischen Mehrheit gewählten Stadträte sämtlich abgelehnt worden.

Der Gesamtbetrag der Reichseinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren im Monat Februar 1913 beläuft sich auf 182,5 Mill. Mark. Insgesamt sind in den ersten 11 Monaten des laufenden Etatsjahres 1827,5 Mill. Mark eingenommen worden, das sind rund 12 Mill. Mark mehr als in der entsprechenden Zeit des vorletzten Etatsjahres.

Kleine politische Nachrichten. Dem Gouverneur von Straßburg, General von Glosstein, ist der nachgesuchte Abschied bewilligt worden. Der General ist auf das bekannte gefällige Kaisertelegramm, das die Klärung der Straßburger Garnison anordnete, heringefallen. — Das Neue Wiener Journal bringt die sensationelle Meldung, daß in einflussreichen Kreisen, die ein aktives Eingreifen Oesterreich-Ungarns in die Balkanverhältnisse während der Krise vertreten haben, mitgeteilt werde, die Demission des Grafen Berchtold stehe unmittelbar bevor.

Ausland.

Belgien.

Der Parteitag für den Generalfreist.

Der belgische Parteitag trat am Sonntag im Volkshaus zu Brüssel zusammen. 1331 Delegierte waren anwesend. Ansele referierte im Namen des nationalen Streikkomitees und schlug den Generalfreist zum 14. April vor. Alle Vertreter der Parteibezirke und der Gewerkschaftsverbände sprachen für den Streik, Gysmans und Vandervelde dagegen. Die Abstimmung ergab etwa 1300 Stimmen für, etwa 30 Stimmen gegen die Resolution Ansele-Defree. Diese wiederholt den Wortlaut der Resolution des Streikkomitees zugunsten des Streiks am 14. April, billigt die Haltung des Komitees und betont die Notwendigkeit des ruhigen und disziplinierten Verhaltens während des Streiks. Das jetzige Komitee bleibt mit der Führung des Streiks beauftragt. Ueber Beendigung des Streiks soll jedoch nur ein außerordentlicher Parteitag beschließen dürfen.

Die Annahme der Resolution wurde mit minutenlangem Jubel aufgenommen. Rufe: „Noch der Generalfreist“ und der Gesang der Internationale durchbrausen den Saal.

Die Rüstungen der Regierung.

Brüssel, 24. März. Die belgische Regierung hat beschlossen, fünf Reserveklassen unter die Fahnen zu rufen, um dem allgemeinen Arbeiteraufstand begegnen zu können.

Frankreich.

Das neue Ministerium.

gr. Paris, 23. März. Das Ministerium ist rascher fertig geworden, als man es anfangs vermuthen konnte: Herr Barthou hat sich allerdings die Sache nicht schwer gemacht. Nachdem er zuerst den Versuch unternommen hatte, ein „großes Ministerium“ zu schaffen, hat er sich schließlich mit einer Kombination begnügt, die zu den bizarren gehört, die möglich waren. Er scheint einen Hauptzweck verfolgt zu haben: die Umgestaltung einer programmatischen Einheitlichkeit des neuen Ministeriums und die Zusammenwürfelung von Personen, deren bisherige politische Aktion sich zum Teil in der schriftlichen Weise widersprachen. In dem er Charles Dumont, der auf sozialem Gebiet zu den mutigen Radikalen gehört, ins Finanzministerium schickte, und Joseph Thierri, der ein ausgeprägter Reaktionsär ist, zum Minister der öffentlichen Arbeiten machte, zeigte Barthou, daß es ihm ganz gleichgültig war, wie sein Ministerium aussehen werde, wenn nur sein Bestandelkommen ermöglicht wurde. Eine andere Kombination beweist seine innere Unhaltbarkeit: der Ministerpräsident, der einst Minister des Innern im reaktionären Kabinett Reime und als solcher den Radikalen gegenüber außerordentlich autorisierend war, hat sich zwar selber nach links entwickelt, aber Barthou brachte man ihm auf der Linken nie entgegen. Und Barthou weiß das so gut, daß er es jetzt nicht wagte, das Ministerium des Innern zu übernehmen, sondern das Unterrichtsministerium als Vorleistung auszuwählen und den bisherigen Finanzminister Aloy zum Minister des Innern ernannte. Ueber keine der Neubesetzungen wird mehr geredet, als über die letztere, denn sie vertritt deutlicher als jede andere die arge Verlegenheit, in der sich Barthou befindet, nachdem er von einer Reihe radikaler Politiker Abgaben erhalten hatte, nachdem vor allem der ehemalige Sozialist Bismont sein Angebot, das Justizministerium zu übernehmen, abgelehnt und dadurch deutlich zu erkennen gegeben hatte, daß er für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit nicht mitverantwortlich gemacht werden wollte.

Zumerkeln kann das die Aktion der Sozialisten erleichtern: die sozialistische Fraktion wird in eine regelrechte Oustration eintreten. In einer Kiefernversammlung, die gestern abend in Brüssel stattfand, wo heute der zweite sozialistische Kongress eröffnet wird, kündigte Compeere-Norel an, daß der Kriegsminister Etienne, der seinen Posten auch im neuen Kabinett behält (während Jannart, entgegen den ersten Plänen Barthous, das Ministerium des Innern an sich abgab, der schon mehrere Jahre im Conseil d'Etat verbrachte), wieder von derselben „Oustration“ befreit wurde, die ihm unsere Fraktion am Freitag vor acht Tagen bereitet, als er das Militärvorlage einbrachte. Das Ministerium Barthou, dessen Mitglieder vom Wind des Zufalls wie Spreu zusammengehoben wurden, kann also heißen Tagen entgegenstehen. An seine Dauerhaftigkeit glaubt niemand. Daß es auch nur einen Tag leben kann, ist symbolisch für den in der inneren Politik Frankreichs herrschenden Wirrwarr.

Paris, 24. März. Die Minister einigten sich über den Zeit der morgen zu verlesenden Regierungserklärung. Das Kabinett wird seinen Willen kundgeben, sich hauptsächlich den Reformen zu widmen, deren obligatorische Erledigung am dringlichsten erscheint, der dreijährigen Dienstzeit, der Reform und der Verteidigung der Wissenschaft. Die Regierung ist einmütig für den Gesetzentwurf betr. die drei-